

## **Rede im Plenum am 30.04.2015**

### **Versorgung mit leistungsstarkem Breitband voranbringen**

#### **Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU**

– Drucksache 16/4963 –

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dötsch

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Durch Beschluss des Landtags vom 18. Dezember des vergangenen Jahres ist der vorliegende Antrag an den Ausschuss für Medien und Netzpolitik überwiesen worden. In der 26. Sitzung des Ausschusses am 15. Januar 2015 wurde eine Anhörung beschlossen, die dann in der 27. Sitzung am 5. März 2015 durchgeführt wurde.

In der abschließenden 28. Sitzung des Ausschusses am 16. April 2015 wurde der Antrag nochmals beraten. Die Beschlussempfehlung – mit Mehrheit – lautet: Der Antrag wird angenommen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Wie vorhin ausgeführt, haben wir diesen Antrag hier im Haus zum ersten Mal am 18. Dezember vergangenen Jahres beraten. Damals haben wir als CDU diesen Antrag kritisch bewertet. Wir haben Fragen zu verschiedenen Themen aufgeworfen. Die Themen wurden damals bei ihren Ausführungen vehement in jedem einzelnen Punkt des Antrages von der Koalition verteidigt. Das hat auch die Landesregierung gemacht.

Der Antrag wurde sodann mehrfach im Ausschuss beraten. Es gab eine ausführliche Anhörung von ausgewählten Experten. Dabei gab es einiges an Kritik von diesen Experten, meist konstruktive Kritik für die bisherige Arbeit der Landesregierung, was die Breitbandversorgung angeht, aber auch mit Blick auf die dargestellte Zielrichtung. Die Kritikpunkte kamen dabei nicht nur aus einer Richtung, sondern kamen von verschiedenen Seiten, von den Kommunen, von den Netzbetreibern, von der Wirtschaft und von anderen Experten.

Eine Reihe der Punkte, die die CDU-Landtagsfraktion in der Vergangenheit gefordert und angemahnt hat, wurde dabei bestätigt.

Meine Damen und Herren, nun hat sich Rot-Grün diese Kritik offensichtlich in Teilen zu Herzen genommen und den ursprünglichen Antrag vom Dezember vergangenen Jahres heute durch einen neuen, doch in verschiedenen Punkten stark veränderten Antrag ersetzt. Bei der ersten Durchsicht liest er sich durchaus sehr gefällig. Unsere Erwartungen in diesem Punkt sind allerdings nicht voll erfüllt. Teilweise waren einzelne Punkte aufgegriffen. Oft sind sie unkonkret formuliert und unbestimmt. Wesentliche Argumente der Experten in der Anhörung wurden offensichtlich nicht verstanden. Die Koalition und die Landesregierung versuchen, den

Eindruck zu erwecken, als ob sie für die Verbesserung der Versorgung der Haushalte in Rheinland-Pfalz mit schnellem Internet gesorgt hätten. Die Landesregierung weiß aber, dass dem nicht so ist. Die Koalition müsste es spätestens nach der Anhörung wissen; denn die privaten Netzbetreiber haben den Ausbau des 50-Mbit/s-Netzes vorangetrieben und finanziert. Es ist kein Eurocent Zuschuss bzw. Fördergeld geflossen, so die unwidersprochene Aussage der Netzbetreiber im Ausschuss bei der Anhörung, lieber Herr Kollege Haller.

Trotzdem reklamiert die Landesregierung den Ausbau für sich. Noch gestern Abend haben Sie, sehr verehrte Frau Dreyer, den Ausbau des schnellen Internets in Rheinland-Pfalz als Ihre Leistung dargestellt und für sich reklamiert.

Frau Dreyer, ich frage mich schon, wie stark muss eine Landesregierung in der Vergangenheit beim Breitbandausbau versagt haben, wenn sie offensichtlich darauf angewiesen ist, eine Leistung, die nachweislich ein Dritter, also die Wirtschaft, aufgebracht hat, immer und immer wieder für sich zu reklamieren.

Wir lesen es in verschiedenen Zeitschriften der Fachliteratur.

Wir haben es in der Anhörung gesagt bekommen.

Wir haben es gestern Abend wieder beim Parlamentarischen Abend von der IHK gehört. Bei der Versorgung mit schnellem Internet ist Deutschland mittelmäßig.

Rheinland-Pfalz bewegt sich im Ranking in Deutschland im hinteren Drittel im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Meine Damen und Herren, dies ist auch für unsere Wirtschaft ein gravierender Investitionsnachteil für die Unternehmen.

Die Landesregierung – das ist die Ursache – hat dem Breitbandausbau im ländlichen Bereich in der Vergangenheit zu geringe Bedeutung beigemessen. Nun werden wir von den Versäumnissen der Vergangenheit eingeholt. Sie werden von den Versäumnissen eingeholt.

Es besteht ein erheblicher Nachholbedarf.

Das Land denkt bereits zu lange in 2-Mbit/s-Kategorien und hat diese bis heute noch nicht erreicht, wie wir jüngst wieder festgestellt haben. Obwohl seit 2011 jährlich immer wieder versprochen, wurden diese Versprechungen nicht eingehalten.

Die viel eigengelobte Leerrohrinitiative des Landes war halbherzig ohne die Nachhaltigkeit und die notwendige Dokumentation. Das sogenannte Konzept der Landesregierung von Ende 2014 basiert auf ausgefahrenen Wegen und beinhaltet keine neuen flexiblen Wege, um die Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren, der Landesregierung fehlt es an eigener Initiative. Wie beim Versprechen der flächendeckenden Grundversorgung 2011 werden hier Versprechungen gemacht, Erwartungen geweckt, Fakten geschönt. Die Enttäuschungen sind schon vorprogrammiert.

Bei diesem Konzept und bei diesem Antrag ist keine Aussage – das ist ein wesentlicher Mangel – zu den geplanten Meilensteinen vorhanden, die für eine kostengünstige

Realisierung der Vorgaben notwendig sind. Wie soll – dies müsste definiert werden – welcher technische Schritt in welchem Zeitrahmen gesetzt werden? Es gibt keine Aussagen zu den notwendigen Finanzmitteln; denn zu einem hat die Anhörung mit Klarheit gebracht, die hier in Rede stehenden Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, reichen bei Weitem nicht aus, um die formulierten Ziele zu erreichen. Hier fehlt der Lückenschluss, Finanzmittel einerseits und den Zielen andererseits, die man den Menschen verspricht.

Dem Konzept fehlt eine ausreichende und seriöse finanzielle Hinterlegung im Landeshaushalt.

Dies ist ein ungedeckter Scheck, den Sie gegenüber den Bürgern im ländlichen Bereich geben. Sie versuchen zu vernebeln und rufen stattdessen nur nach dem Bund.

Das ist eine Breitbandpolitik nach dem Motto fordern statt fördern. Wir erwarten und brauchen flexible und kostensparende Lösungsansätze.

Hierzu leistet die CDU mit ihrem Alternativantrag einen wesentlichen Beitrag. Wir wollen die Verfahren vereinfachen, die Beratungen verbessern. Wir wollen da, wo notwendig und möglich, die Förderungen erhöhen.

Wir wollen die Privatinitiative nicht abwürgen, sondern befeuern. Deswegen sind wir gegen den Universaldienst.

Ihren Antrag und damit Ihren Ansatz, der die falsche Richtung einschlägt, lehnen wir ab.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin, laut der Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage wurden beim Haushalt des Innenministers auf Antrag der Koalition 2,5 Millionen Euro pro Jahr für den Doppelhaushalt für Breitbandaufgaben eingestellt. Die Anträge der CDU in diesem Hause wurden vorher hier vorgelegt. Insofern war das eine Reaktion auf unsere Anträge in den Haushaltsberatungen. Das ist nachvollziehbar und auch eindeutig darstellbar, weil sie kurz vor Beschluss in diesem Hohen Hause Ihre Anträge eingebracht haben. Sie haben sich belaufen auf 2.650.000 Euro pro Jahr. Das sind 300.000 Euro mehr, wenn ich das richtig zusammengerechnet habe, als das, was die Koalition hier eingebracht hat. Insofern wurden mir diese 5 Millionen Euro zumindest von der Landesregierung so nicht bestätigt und sind im Haushalt so auch nicht dargestellt.